

*Hans B.*  
*Belgarath*

# Der Atomstaat

**...ein Romanauszug**



Vita / persönliche Daten

**Hans Brakhage** Geb.am: 21.02.1950 Staatsangehörigkeit: Österreich

Beruf: People-Fotograf mit Ausbildung und Studium in Essen-Folkwang und Bremen

Mehrere Jahre in der Werbung und Theaterfotografie tätig  
Verschiedene Ausstellungen und Fotoprojekte / Buchveröffentlichungen

aus gesundheitlichen Gründen (Narkolepsie) seit 1989 im Frührentnerstatus

Autor seit 1968 - Mitglied im Westdeutschen Autorenverband  
Gründer des Düsseldorfer Arbeitskreises für „Gebrauchsliteratur“ von 1982 – 1989  
Co-Autor und Co-Herausgeber der „Tympan“ Literatur-Zeitschrift  
Initiator des Düsseldorfer Arbeitskreises „Schreiben als Selbsterfahrung – Selbsterfahrung durch Schreiben“ 1983 – 1985  
Literatur- und Schreibprojekt mit Psychiatrie-Patienten 1986 – 1987

Autor und Herausgeber kleiner Veröffentlichungen im Autorenverlag

„10 Mark-Schein-Produktion“

„Gedichte aus dem Käfig“ 1.+2. Band

„Gedichte aus Blut und Seide“ Grafik – Fotokunst – Lyrik – Short Storys / Anthologie

„Das ist es“ erotische Lyrik und Prosa / Anthologie

„Mit spitzer Feder“ satirisch politische Gedichte und Short-Storys / Anthologie

„Ich fühle mich schuldig – wer noch?“ Gedichte und Fotos

„Hoffnungen“ Gedichte und Fotos

„Hiergeblieben“ politische Gedichte / Anthologie

„Sie können sich anschließend beschweren“ Satire – Short-Storys – Grafik – Fotos -

„Mann aus Eisen“ u.a.

Autor des unveröffentlichten Romans in 3 Büchern und 6 Bänden

„Die Geschichte von Katharina & Paul“

Wohnort : Düsseldorf / NRW

Persönl. Homepage: <http://www.brakhage.info>

Kreativ-Blog: Belgaraths Turmzimmer <http://www.free-blog.in/Belgarath>

neuestes Romanprojekt: „Dunkle Tage der Kindheit“ weitgehend autobiografische  
Tatsachenerzählung über die Heimkinder der 50er Jahre in bundesdeutschen  
Waisen- und Kinderheimen, z.Zt. in Verlagsverhandlung

ledig - keine Kinder – 188 cm groß – Übergewicht – klischeehaft typischer Fische-Mann –  
Bauchentscheider – Tagträumer mit Bodenhaftung – unbelehrbarer Idealist - unbequemer  
und unangepasster Querdenker – kein Intellektueller

Bereits Anfang Dezember 1974 startete Bürgermeister Block von Brokdorf, nicht zuletzt unter dem Druck der Parteioberen und einiger Mitglieder des CDU-Landesvorstandes, die Flucht nach vorn. Inzwischen schamlos nur noch um die eigenen Pfründe besorgt, und die denkbare Parteikarriere dahinschwinden sehend, organisierte er eine allgemeine Umfrage unter der Bevölkerung von Wefelsfleth und Brokdorf. Er ließ 1551 Fragebogen drucken und auf alle wahlberechtigten Bürger in den beiden kleinen Gemeinden verteilen. Drei Möglichkeiten konnten darauf angekreuzt werden.

– für das Atomkraftwerk

– gegen das Atomkraftwerk

– keine Meinung und Enthaltung

Wie gesagt, die Menschen der Unterelbe, der Wilster Marsch, die Brokdorfer und Wefelsflether waren eher verschlossene konservative Bürger. Sie schätzten gutes Benehmen und Anstand, Sitte und Moral, weswegen ihnen bislang auch die Fremden eher suspekt geblieben waren. Denn in der Tageszeitung für den Landkreis hatte gestanden, dass das Kommunisten waren, und die galten bei ihnen nicht gerade als sonderlich moralisch.

Die Bürgerbefragung fanden sie, allein schon wegen der Kosten, eher unanständig, weil doch jeder weit und breit im Dorf wusste, was sie als Bürger von den Plänen für das AKW hielten.

Außerdem fühlten sie sich zunehmend auf den Arm und nicht sonderlich ernst genommen, sogar reichlich verschaukelt.

Das war auch kein gutes Benehmen.

1040 Fragebogen kamen ausgefüllt zurück, eine Beteiligung von 66 Prozent.

Das dagegen, meinten viele grinsend, war schon recht anständig.

Gegen das Atomkraftwerk stimmten 784 Bürger (75 %)

Für das Atomkraftwerk stimmten 202 Bürger (19%)

Offensichtlich war der Schuss für Bürgermeister Block nach hinten losgegangen.

Doch der erpressbare und bestechliche Brokdorfer Bürgermeister, in Tatvereinigung mit dem Landrat Dr. Brümmer, fanden eine – ihrer Meinung nach – ideale Lösung und interpretierten das Ergebnis auf ihre eigene logische Denkweise, - die allerdings nichts mit demokratischem Denken zu tun hatte.

784 Stimmen gegen das Atomkraftwerk bei 1551 verteilten Fragebogen, das waren 49 % der wahlberechtigten Bürger. Nach dieser Milchmädchenrechnung waren also die Atomkraftgegner in der Minderheit, knapp – aber immerhin in der Minderheit.

Nicht schlecht ausgedacht, aber noch weniger anständig, fanden die Brokdorfer und Wefelsflether Bürger, wenn nicht sogar schon ausgesprochen unanständiges Benehmen ...

... Selbst jetzt wäre aber noch eine absolut friedfertige Auseinandersetzung möglich gewesen, hätte ein einziger kluger Kopf in der Landesregierung, dem Ministerium oder im CDU-Landes- bzw. Kreisvorstand Öl auf die stürmisch hochschlagenden Welle geschüttet, mit den Anwohnern ruhig, ehrlich und sachlich geredet.

Doch diesen klugen Kopf gab es scheinbar nicht.

Und Ehrlichkeit und Politik sind einander so gegensätzlich, dass sie sich in der alltäglichen Praxis letztendlich ausschließen, von Ausnahmen abgesehen. Die Erfahrung der Real-Politiker basierte auf der Erfahrung: Sage dem Wähler nie, was du wirklich weißt, halte ihn hin, verschleierte deine wirklichen Interessen, sage nie etwas Konkretes, auf dass du festzulegen wärst.

So hatten sie es immer gehalten, und taten es auch weiter so, bis in die Jetztzeit ...

... Das wollte er doch mal sehen, ob er seine Richtlinienkompetenz und seine Maximen der Politik in der Wilster Marsch durchsetzen und Fakten schaffen konnte, - oder nicht.

Doch hatten weder er, noch die verantwortlichen Minister, Politiker und Bürokraten ein Gefühl oder Kenntnis von der Sturheit und Eigensinnigkeit verärgelter Wähler aus der Wilster Marsch.

Fingerspitzengefühl, Mediating und sachlicher Dialog wären unter günstigen Umständen gerade noch ein letzter Weg zum Ausgleich der Interessen gewesen. Aber eine Obrigkeits- und Kommandowirtschaft nach Art der Kommunisten und Diktatoren, das wollten sich diese Menschen nicht von ihren gewählten Volksvertretern in Kiel aufzwingen lassen. Hitzköpfe sprachen schon jetzt davon, dass sich die Kieler Landesregierung und ihre Protagonisten schon selber wie durchgeknallte

Terroristen aufführten, und sich mit ihrer Ignoranz zu Helfershelfern der kommunistischen Agitatoren machten, die sie an die Wand malten. Sie trieben den Kommunisten und politischen Scharfmachern die Bürger zu, und waren somit selber Schuld, wenn in einer Blitzumfrage über das mögliche Wahlverhalten am kommenden Sonntag festgestellt wurde, dass die CDU in der Wilster Marsch über 50% der Wählerstimmen verlieren und eine Partei knapp über der 5% Hürde werden würde. Zwar hatte die Partei die absolute Mehrheit sowohl im Kommunal-, als auch im Kreisparlament, zog man aber davon die 50% ab, so blieb nicht mehr viel an Stimmenanteil übrig, was die CDU von der FDP trennte, die dort eine weit untergeordnete Rolle spielte. Dabei waren die Wähler nicht etwa bereit aus Protest die SPD zu wählen, denn die zeigte sich ja genauso als Unterstützer für den „Atomstaat“, und plädierten ebenfalls für den industriellen Ausbau der Unterelbe ...

... Straßenkarten der Wilster Marsch wurden im Umkreis von 50 KM rund um Brokdorf beschlagnahmt, den entsprechenden Ladenbesitzern verboten neue zu bestellen und zu verkaufen. Begründet wurde das der Gefahr im Verzug und Erkenntnissen zur Vorbereitung von schweren Straftaten. Erste Anwälte, die dagegen vorzugehen versuchten, wurde Akteneinsicht verweigert, den Rechtsuchenden unverhüllt gedroht.

Polizeibeamte wurden beobachtet, die alle Autokennzeichen von außerhalb der Wilster Marsch notierten, und jeden Menschen, selbst völlig harmlose Spaziergänger und Touristen, fotografierten. Überall kurvten die grünen und zivilen Fahrzeuge der Staatsmacht herum.

So bildete sich aus Ignoranz und Dummheit der Real-Politiker in der Wilster Marsch ein eher konservativ orientierter Bürgerwiderstand gegen den Atomstaat, den diese inzwischen ziemlich erbitterten Einwohner in seiner vollen Härte zuerst am eigenen Leib zu spüren bekamen. Brokdorf entwickelte sich innerhalb kürzester Zeit zum rechtlosen Raum für die Staatsmacht, in dem tagtäglich zahlreiche Gesetze gebeugt, gebrochen, ignoriert und übertreten wurden. Bürgerrechte wurden praktisch für Null und nichtig erklärt.

„Mit Brunsbüttel un Stade,“ so ein Brokdorfer Bauer in einem Statement, „hebben wir veel Beretschap beweesen, uns den Fortschritt nich in den Wech to stellen un Risiken op ons te nemmen. Doch wat te veel ist, ist to veel ...“

Das AKW Brokdorf, sozusagen direkt vor der Haustür, verbunden mit staatlicher Willkür auf vielen verschiedenen Ebenen, war eindeutig zuviel.

Was sollte denn werden, wenn sich die potentiellen Kunden eines Tages weigerten, Butter und Milch von der Kreismolkerei zu kaufen, weil sie durch die Störfälle von Brunsbüttel und Stade, und später vielleicht noch von Brokdorf verunsichert wurden?

Die Bürger und die Bauern der Wilster Marsch lebten größtenteils von diesen alteingesessenen Höfen und Viehzuchten, von der Schweine- und Milchproduktion. Wenn ihre Produkte sich aber als unverkäuflich erwiesen, konnte eine ganze, viele Generationen dauernde landwirtschaftliche Produktion innerhalb weniger Monate zum Teufel gehen, die gesamte Existenz von Familien vernichtet werden. Besonders die Bauern der weitläufigen Umgebung mussten sehr schnell lernen, dass es enorme Widersprüche bei den Fachleuten darüber gab, wie sich das auf ihre landwirtschaftlichen Betriebe auswirken konnte, je nachdem, ob die Fachleute Pro oder Contra Atomstrom ausgerichtet und engagiert waren. Das meiste erschien ihnen als graue Theorie, ohne Hintergrund-erfahrungen, so viel begriffen selbst die nicht gerade fachkundigen Bauern und ihre Familien.

Was ihre Kinder noch in den Schulen und Gymnasien gerade über das Selbstverständnis und den Aufbau, über das theoretische Wesen des bundesdeutschen Staates lernten, bekamen ihre Eltern sehr bitter und gewalttätig am eigenen Leib, mit Verlust aller Grundrechte im unmittelbaren Kontakt mit der Staatsmacht zu spüren. Schneller als auch nur bisher vorstellbar für sie, mussten sie die Erfahrung machen, dass zwischen Theorie und Praxis der bundesdeutschen Demokratie unüberwindbare Gräben bestanden. Was sie über Jahre selbstverständlich und gutgläubig als eine ihrer Säulen des eigenen Selbstverständnisses verstanden hatten, das Vertrauen in ihre Volksvertreter, und die sie repräsentierenden Parteien, was sie als Ausdruck des demokratischen Rechtsstaates angesehen hatten, erwies sich innerhalb weniger Wochen und Monate für sie als eine Farce, eine Verhöhnung der parlamentarischen Demokratie, wo ein christdemokratischer Ministerpräsident Stoltenberg wie ein bigotter Diktator agierte.

Im Sept./Okt. 1975 beantragte die „Kernkraftwerke Brokdorf GmbH“, trotz der entschieden warnenden Umweltgutachten die Genehmigung zur Entnahme von Kühlwasser aus der Elbe.

Wieder wurden die Unterlagen darüber für Wochen, strikt nach den gesetzlichen Bestimmungen, in Itzehoe und Wilster ausgelegt, durften aber aus unerfindlichen Gründen nicht kopiert werden.

Dadurch waren die Betroffenen gezwungen alles an Informationen aus den Unterlagen mühsam abzuschreiben. Damit war jener Möglichkeit, solche Papiere auf Kosten der BUU zu vervielfältigen

und an alle Bürger zu verteilen, wie das vorher schon geschehen war, ein wirkungsvoller Riegel vorgeschoben worden.

Natürlich trug das nicht gerade zur Besänftigung des sich aufstauenden Ärgers bei, - aber das war auch nicht beabsichtigt.

Das Klima und die Töne in der Wilster Marsch verschärfen sich weiter zunehmend, wurden wesentlich aggressiver und lauter, zorniger und heftiger. Langsam lagen die Nerven der Bürger blank, und die ersten begannen ihrem Zorn Luft zu verschaffen. Da wurden dann auch schon mal handgreifliche Argumente gegen die Verantwortlichen ins Feld geführt, zumindest aber darüber offen gesprochen. Immer wieder musste die Polizei, die ohnehin sowohl in Wilster, als auch in Itzehoe die Infobüros schützte, zu massiven Einsätzen gerufen werden. Die Polizei ging dabei regelmäßig nicht gerade zimperlich vor.

Der NDR, Fernsehen und Radio, thematisierten zunehmend die Staatsgewalt und die staatliche Willkür gegen die Bürger, und sah sich wachsender scharfer Kritik durch die Kieler Staatskanzlei und den CDU-Landesvorstand ausgesetzt, auch einzelner Mitglieder der Kieler Landtagsfraktion, die dem NDR parteiische Berichterstattung vorwarfen.

Doch die Wahrheit ist manchmal, auch wenn man das gar nicht will, reichlich parteiisch.

Die Einspruchsfrist war dieses mal mit 6 Wochen ein wenig erweitert worden. 5800 Bürger machten davon Gebrauch, und erwarben damit das Recht, an einem Erörterungstermin teilzunehmen. Der wurde auf den 8. März 1976 und die darauf folgenden Tage festgesetzt.

Einige Monate zuvor, noch vor dem Jahreswechsel, kam es zur ersten nennenswerten Demonstration an dem vorgesehenen Baugelände. Ein Flugblatt, das zur Besetzung des Bauplatzes aufrief, wurde von der Polizei einen Tag zuvor in einem nächtlichen und massiv brutalen Polizei-Einsatz in Hamburg beschlagnahmt, bevor es in die Wilster Marsch gebracht werden konnte. Alle Konspirativität, die von der BUU eingesetzt und genutzt worden war, um dieses Flugblatt geheim zu halten, hatte nichts genutzt, denn alle Telefone, angeblich sogar die wenigen öffentlichen Fernsprecher, wurden rechtswidrig abgehört, ohne richterliche Genehmigung. Die alles umfassende Personenüberwachung machte es nahezu unmöglich heimliche Aktionen vorzubereiten.

Einmal mehr erfuhren die Brokdorfer, und nicht nur sie, was das Bündnis aus Staatsmacht und Großindustrie, eben jener mafiose „Atomstaat“ für illegale Mittel einsetzte, um sie auf jeden Fall in die Illegalität zu treiben und zu kriminalisieren. Die Kieler Landesregierung nutzte und missbrauchte ihre staatlichen Gewaltmittel, um jeden Widerstand gegen die Pläne für das AKW Brokdorf zu zerschlagen, und notfalls auch mit kriminellen Methoden zu brechen.

Unterstützung hatte die BUU inzwischen nicht nur aus dem gesamten norddeutschen Raum, sondern auch aus vielen Teilen der Bundesrepublik. Eine erstaunliche Reisetätigkeit setzte sich in Richtung Wilster Marsch in Gang, es brodelte und gärte. Technisch-wissenschaftliche Berater aus Wyhl trafen scharenweise ein, und wurden als Gäste auf allen möglichen Höfen untergebracht. Naturschützer aus NRW waren ihnen dicht auf den Fersen, gefolgt von erfahrenen Aktionisten aus Hamburg, die schon so manche Staatswillkür unwirksam gemacht hatten. Auf dem Spendenkonto der BUU sammelten sich zunehmend auch größere Beträge, denn die verschiedensten Unterstützungsgruppen organisierten Solidaritätsveranstaltungen zugunsten der BUU, wo die nahezu „üblichen“ Künstler aus dem gesamten Bundesgebiet anreisten und kostenlos auftraten.

Auch der Waller Träger-Verein „Bunker“ organisierte eine Solidaritäts-Veranstaltung und konnte immerhin viertausend Mark auf das Konto der BUU überweisen.

Und es gingen noch erstaunlich viel mehr Spenden ein, die die Bürger ermutigten, ihre Arbeit fortzusetzen.

Der sogenannte Anhörungstermin wurde in einen für „Anlieger“, und einen für „Auswärtige“ unterteilt. Damit hatten sich die Verwaltungsbürokraten des Hearings einen nicht zu unterschätzenden Vorteil verschafft. Da die unmittelbaren Brokdorfer und Wefelsflether Anlieger nicht das erforderliche Wissen über Kernenergieanlagen besaßen, und ohne die von ihnen zu Hilfe gerufenen Experten wie den Atomwissenschaftler Klaus Traube und Prof. Robert Jungk kaum eine adäquate kritische Frage stellen konnten, waren sie der Willkür der NWK, HEW und Ministeriumsexperten hilflos ausgeliefert und hoffnungslos unterlegen. In sicherheitsrelevanten und technischen Detailangelegenheiten konnten sie keine gezielten und fundierten Nachfragen stellen. So hatten sie den wissenschaftlichen Argumenten der Kernenergie-Betreiber nicht, als ihre nackte Angst vor der unbekanntem Technik entgegen zu setzen. Die aber ließ sich leicht mit Antworten überfahren, auf die die Bürger keine Antworten mehr wussten, womit ihnen die Bürokraten und Fachleute nachhaltig vor Augen führen wollten, dass sie ohnehin nichts gegen sie auszurichten vermochten. So wurden sie spielerisch mit nicht nachprüfbar Argumenten an die Wand genagelt.

Ihre Bitte und Antrag, die sie beratenden Wissenschaftler aus Hamburg und anderen Städten hinzuziehen zu dürfen, wurden aus formalrechtlichen Gründen der Verfahrensabwicklung abschlägig beschieden.

Sie hatten keine Chance, - und genauso war das natürlich auch geplant. Eine verbrecherische Kumpanei zwischen Kieler Staatskanzlei, dem Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg und den Atomlobbyisten, die die Steuer-Milliarden schon deutlich näher an ihr Firmenvermögen heranrücken sahen, bereit verschwendet und investiert zu werden, zum alleinigen Vorteil der HEW, NWK und zahlreicher korrumpierter Wegbereiter. In jedem Fall würde für jeden ein kleines bis großes Vermögen übrig bleiben.

Aber das war bei weitem nicht alles, denn man wollte die Anwohner der Wilster Marsch als Rache für ihre bisherige Widerspenstigkeit mal so richtig demütigen. Dabei gilt gerade in den bäuerlichen Gegenden Nordfrieslands noch immer die Warnung: Einen ohnehin gereizten Bullen sollte man nicht auch noch mit Steinen bewerfen ...

Doch der Landesregierung schien das völlig egal zu sein. Diese Gelegenheit, dem angeblich dummen Landvolk mal die geballte Staatsgewalt vorzuführen, wollte man sich als Einschüchterungsmaßnahme auf keinen Fall entgehen lassen, damit die Bürger von Brokdorf ein für alle Mal wussten, wer in diesem Land die Macht besaß.

So hatte man rund um das Hearing-Gebäude bereits im weiten Umkreis eine richtige Polizei-Armee aufmarschieren lassen, mit allem was die Waffenkammern des Innenministeriums so hergaben. Die ganze Szenerie wirkte wie ein paramilitärischer Aufmarsch zu einem Terroristenprozess, als erwartete man ganz realistisch einen Top-Terroristen wie Carlos zum Hearing, der da mit einem schießwütigen, Handgranaten werfenden Kommando auftauchte. Hundertschaften der Bereitschaftspolizei in Nahkampfanzügen mit kugelsicheren Westen, mit Helmen und Schlagstöcken, Maschinenpistolen und Chemical Mace, den nagelneu eingeführten sogenannten Chemischen Keulen, mit extra großen Klarsichtschuttschilden aus bruchsicherem Acrylglas, mit Gasmasken für Tränengaseinsätze, strategisch gut verteilten und bereitgestellten Tränengasgranatwerfern hinter Absperrgittern, Hundestaffeln und Natodraht, eingeklebt von Panzerwagen und Wasserwerfern, sollten den aufgebrachten Bürgern der Wilster Marsch martialisch provozierend vor Augen führen, was sie erwartete, wenn sie nicht endlich ihren sinnlosen Widerstand aufgaben. Das AKW Brokdorf war immerhin beschlossene Sache, und dieses Hearing nur noch eine gesetzlich vorgeschriebene Formsache.

Hier wurde noch einmal mehr ganz deutlich vorgeführt, wer hier Herr der Lage und des Geschehens war, dass die Bürger der Wilster Marsch in den Augen ihres Ministerpräsidenten Stoltenberg nichts anderes waren als verachtenswertes Bauernvolk, denen man das Fell über die Ohren ziehen würde, wenn sie weiter herumzickten.

Die Geduld der Beamten aus der Staatskanzlei war bereits zu Ende, der Konflikt aber noch lange nicht.

Man hatte aus Wyhl gelernt und wollte auf alle Eventualitäten vorbereitet sein.

„Alles zu ihrem Schutz ... gegen radikale Störer,“ formulierte spöttisch grinsend ein hoher Polizeioffizier und ließ keine weiteren Fragen der spärlich anwesenden Presse zu.

Die Anhörung endete wie schon zwei Jahre zuvor. Die wirklich vom Bau des AKW betroffenen Bürger konnten ihre Argumente vortragen, ohne wirklich angehört und ernst genommen zu werden, ohne dass sich irgend jemand dafür interessierte, - dann ging alles seinen gewohnten atomrechtlichen Gang.

Jetzt war der Bogen endgültig überspannt, die Stimmung in der Bevölkerung auf dem Siedepunkt, die Provokation ausgesprochen erfolgreich. Schon ein winziger Funke hätte in diesem Pulverfass genügt, um eine Katastrophe auszulösen, und die Schlacht um das AKW und den Bauplatz bei Brokdorf schon frühzeitig auszulösen. Kaum noch einer der betroffenen Einwohner war jetzt noch für Vernunftargumente zugänglich, so sauer, dass sie einen Aufstand wollten.

Man fühlte sich um sein zustehendes Recht betrogen, verschaukelt, verraten und verkauft. Deutlich hatten die Brokdorfer und Wefelsflether Bürger nun am eigenen Leib erfahren, wovon ihnen die Bürgerinitiative Wyhl erzählt hatte, warum die so einen langen frustrierenden Krieg gegen den Unrechtsstaat Bundesrepublik Deutschland führen mussten. Jetzt wussten sie, wohin sie diese Parteiendiktatur führte, - ins Nichts und gar nichts.

Jetzt löste eine Bürgerversammlung die nächste ab, und in den Dorfkneipen summierten sich die Meinungen, entfachte sich das Feuer der Erkenntnis, dass man dann eben wesentlich direkter vorgehen müsse, wenn es auf friedlichem Wege nicht möglich wäre. Bislang kannten sie das nur aus dem Fernsehen, aber auch für die Bürger der Wilster Marsch war das Maß der Geduld endgültig erschöpft. Sie waren gegen schlechtes Benehmen und gegen Unrecht und Gewalt, hatten aber

andererseits jetzt auch eingesehen, dass ihnen die korrupte Staatsmacht keine andere Wahl ließ, als entschlossene Gewalt anzuwenden, weil es keine friedlichen Mittel mehr gab, die man ihnen gelassen hatte. Gegen eine kaltlächelnde Diktatur im Stil des Ministerpräsidenten Stoltenberg half offenbar nur noch eskalierende Gewalt.

Aus dem anfangs verunsicherten Widerstand wurde nun mit jeder Stunde, jedem Tag, mehr und mehr eine direkte, zunächst noch verbal aggressive, dann stetig zunehmend handgreifliche Gewalt, bis hin zur offenen Rebellion.

Vermessungstrupps und Angehörige der verschiedenen Baufirmen wurden die ersten Opfer. Sie konnten nirgendwohin ausgehen, sich nicht frei in den Dörfern bewegen, ohne angepöbelt und bedroht zu werden. In den kleinen und großen Geschäften wurde ihnen rein gar nichts verkauft, denn selbst die Solidarität der Einzelhändler hatte sich inzwischen den Einwohnern angeschlossen, die es nicht mit den Stammkunden verderben wollten. In Kneipen wurden sie nicht bedient, und viele Wirte verwiesen sie aus dem Gastraum und machten von ihrem Hausrecht Gebrauch.

Jede Getränkeflasche, jede Art von Lebensmittel musste für die Mitarbeiter von außerhalb herangeschafft werden. In den Dörfern war für sie nichts zu kaufen, denn sie wurden als direkte Handlanger der betrügerischen Atomlobby angesehen. Die einzigen kleinen Hotels, in denen sie untergebracht waren und wohnten, kündigten den Firmen die Zimmer. Zwar konnten die Besitzer jede Einnahme gut brauchen, aber die Solidarität der Dorfgemeinschaft war wesentlich wichtiger.

Der Versuch Bauwagen als Notunterkünfte für sie aufzustellen scheiterte daran, dass niemand ihnen einen Abstellplatz auf einer Wiese vermieten wollte. Also mussten sie in Wilster in einem Hotel untergebracht werden, und jeden Morgen mit ihrem gesamten Equipment anreisen. Den Versuch, dieses in einem Kastenwagen über Nacht im Dorf zu lassen, musste die Vermessungs-Firma teuer bezahlen, denn der Wagen geriet aus unerfindlichen Gründen in Brand und alles teure Gerät wurde vernichtet. Privatwagen der Vermessungsingenieure, aber auch Baufahrzeuge wurden nach ein paar Tagen aus dem Hinterhalt mit großen Steinen beworfen und beschädigt. Die Täter waren nicht zu ermitteln. Irgend jemand streute Krähenfüße und Nägel auf die Hauptstraße von Brokdorf und brachte damit mehreren Baufahrzeugen Reifenpannen bei, ebenso den herbei eilenden Polizeiwagen.

Wieder waren die Täter nicht zu ermitteln.

Luftballons mit Farbe gefüllt wurden auf nächtlich fahrende Polizeiwagen geworfen, später sogar am helllichten Tage. Mit selbstgebauten Zwillen wurden dicke Kieselsteine auf Polizeifahrzeuge geschossen und Frontscheiben zertrümmert, Reifen zerstoßen, wenn die Wagen irgendwo abgestellt waren.

Die Fronten verhärteten sich zu einem aggressiven Katz- und Mausspiel.

Trotz publizistischer Schützenhilfe durch eine ganze Riege von Schmierjournalisten, die wortreich die Vorteile der Atomenergie als Stromerzeuger in den Tageszeitungen schilderten, aufgeboten und bezahlt von der Kieler Staatskanzlei aus schwarzen Kassen, gelang es nicht die geschlossene Front der Atomkraftgegner aufzubrechen. Dabei hatten sich die Staatsdiener und Volksvertreter mit Kostenhilfe der HEW und NWK richtig was einfallen lassen, die 10 wichtigsten Chefredakteure der norddeutschen Zeitungen bei einem teuren Galadiner in einem festlichen Rahmen zusammengebracht. Da wanderten einige hunderttausend Mark illegal in die Taschen der Pressemenschen, die sich ihrerseits mit wahren Lobeshymnen auf den sauberen Atomstrom erkenntlich zeigten. Sie trugen die frohe Botschaft einer sauberen Stromgewinnung auch in die letzten Häuser der Gemeinden.

Aber der Glaube und das Vertrauen war den Menschen in der Wilster Marsch unter dem ständigen Belagerungszustand der Besatzungstruppen aus Hunderten Polizisten längst völlig verloren gegangen.

Keine der Zeitungs-Redaktionen brachte z.B. das Datum des Baubeginns, obwohl es bekannt war. Doch das machten dann die wenigen anderen, deren Chefredakteure dankend abgelehnt hatten, und dieses erneute Komplott an die Öffentlichkeit trugen, und so die Auflage seiner Zeitung enorm steigerte. Aber viele Journalisten waren sich für keine Sauerei zu schade, machten mehr als bereitwillig gegen ein mehrstelliges Honorar mit. NDR-Redakteure waren gar nicht erst eingeladen worden, aber Ministerpräsident Stoltenberg beschwerte sich im Rundfunkrat über die ausgesprochen einseitige und kritische Berichterstattung, und drohte mit einer Kündigung des Rundfunk-Staatsvertrages. Doch noch hatte er seine sprudelnden Steuerquellen aus AKW's nicht, und war sich durchaus bewusst, dass er einen eigenen Sender Radio Schleswig Holstein, außerhalb des NDR gar nicht finanzieren konnte.

Es ließ sich naturgemäß nicht verhindern, dass die Atomindustrie zu einem Hauptthema des noch gar nicht begonnenen Landtagswahlkampfes in Niedersachsen wurde, zu einem Streitpunkt, bei dem die SPD als scheinheiliger Befürworter der Atomenergie mit hämischen Kommentaren über die

schleswig-holsteinische CDU Stimmen zu sammeln versuchte, und dennoch bei ersten Umfragen eindeutig Stimmenanteile verlor. Dafür wucherten überall bunte und alternative Wahllisten. Vor allem die DKP gewann kurzfristig beachtliche Stimmenanteile, und konnte hoffen sogar den Sprung in den niedersächsischen Landtag zu schaffen, und sicherlich den einen oder anderen Rathaussitz zu erobern. Unabhängige Wählerlisten wurden allenthalben gegründet, und von den etablierten Parteien massiv bekämpft und verleumdet und kriminalisiert. Die Parteiendiktatur sah ihr Monopol gefährdet und wollte diesen Ansatz im Keim ersticken.

Doch wer geglaubt hatte, durch erneute Umfragen belegt, dass die Tatsache, dass bei Landtagswahlen in der Wilster Marsch nicht einmal 10% der Bürger zur Wahl gehen würden, die Kieler oder Hannoveraner Landesregierung zum Nachdenken bringen, dass sie ihre Positionen neu festlegen würden, der sah sich eindeutig getäuscht.

Im Gegenteil, Hannover und Kiel, jetzt in der bekannt unheilvollen Einheit der Pseudo-Demokraten zusammengeschlossen, schickten weitere 400 Polizeibeamte als Besatzungstruppen in die Wilster Marsch, stationierten sie in Wilster und Itzehoe, und bereiten weitere 2000 Polizeibeamte auf ihren Einsatz im „Kriegsgebiet“ Wilster Marsch vor. Sie sollten in leerstehenden, öffentlichen Gebäuden untergebracht werden, in weiteren Lagerhäusern und Turnhallen, wo dann eben auf unabsehbare Zeit der Sportunterricht ausfallen musste. Sie sollten den Schutz der Vermessungs- und Bauruppen gewährleisten, und endgültig Orte wie Brokdorf unter Belagerungszustand stellen. Kiel sah sich dabei ankündigend durchaus in der Lage die bereits vor Ort befindliche Besatzungsarmee notfalls noch einmal um 2000 Beamte aufzustocken, wodurch sich die Bevölkerung der Wilster Marsch mehr als verdoppelt hätte.

Jetzt zogen Viererstreifen mit Schlagstöcken und Kampfanzügen, mit Kampfstiefeln und Schutzhelmen durch die Dörfer, ausgebildete und gefährlich aussehende Polizeihunde an der Seite, und demonstrierten den Einwohnern des endgültige Ende des demokratischen Rechtsstaates.

Irgendein Witzbold und Mitglied der BUU ließ sich nicht dabei erwischen, als er am Ortsrand das Ortsschild gegen ein neues, selbst beschriftetes austauschte. Dort stand drauf zu lesen:

Warnung – Achtung ! Sie verlassen beim Betreten von Brokdorf den demokratischen Sektor der Bundesrepublik Deutschland. Es wird von der Schusswaffe Gebrauch gemacht.

Die Polizei entfernte das Schild sofort, doch schon zwei Tage später waren in vielen Vorgärten neue Schilder aufgestellt, an Fenster gehängt, auf privatem Grund und Boden, unerreichbar für die geballte Staatsmacht, die das zähneknirschend hinnehmen musste. Darauf stand z.B. zu lesen: Wir wohnen in Brokdorf – außerhalb des demokratischen Rechtsstaates Bundesrepublik Deutschland - oder - Sie befinden sich in Brokdorf, hier gelten nicht die Gesetze der freiheitlich demokratischen Grundordnung - oder - Vorsicht, sie befinden sich außerhalb des demokratischen Sektors der Bundesrepublik Deutschland, in der Todeszone Brokdorf – Schusswaffengebrauch

Das waren Bilder für die Presse, und jederzeit eine Schlagzeile wert. Plötzlich rauschten scharenweise Journalisten in der Wilster Marsch an, aber nicht um über die Vorzüge des Atomstroms zu berichten, sondern über die Aussetzung der demokratischen Grundrechte in einem weitgehend bislang unbekanntem Ort Namens Brokdorf. Jetzt wurde der Belagerungszustand in die gesamte Republik veröffentlicht, denn der intensive Reiseverkehr in die Wilster Marsch machte massive Polizeipräsenz mit ihrer ganzen martialischen Ausrüstung notwendig. Auf den Landstraßen gab es jetzt häufiger kilometerlange Staus, weil die vielen kontrollierbaren Autos die rigoros arbeitende Polizei in organisatorische Schwierigkeiten brachte.

Wer es in der Bundesrepublik Deutschland und in der Wilster Marsch noch immer nicht begriffen hatte, konnte es jetzt in großen Bildartikeln im „Stern“, „Spiegel“ und „Konkret“, aber auch in vielen kleineren Zeitungen, und natürlich in der Nordschau des NDR lesen und erleben, damit kein Zweifel mehr übrig blieb.

In die Wilster Marsch war eine Besatzungsarmee eingerückt um die Bürger das Fürchten zu lehren, denn die Landesregierung hatte der eigenen Bevölkerung, des Protestes und des Widerstands gegen das AKW überdrüssig, den offenen Krieg erklärt.

Und die waren inzwischen ins Augenmerk des öffentlichen Interesses gerückt, bekamen Solidaritätsbekundungen aus der gesamten Bundesrepublik, von Naturschützern, von Künstlern, Jusos, Kommunisten, Anarchosyndikalisten, Spontis, Studenten, Gewerkschaftern, Falken, Liberalen und Christen beider Konfessionen, mit angebotener Hilfe und Unterstützung, mit Beraterangeboten und Finanzhilfen für den Widerstand. Beeindruckende Summen sammelten sich auf dem Konto der BUU, Anwälte boten kostenlose Rechtsberatung und –vertretung.

Die BUU machte sich bereit und bereitete sich gedanklich auf den ersten großen Schlagabtausch mit der Staatsmacht des Unrechtsstaates Bundesrepublik Deutschland vor, denn darüber machte sich niemand mehr Illusionen. Diese Kraftprobe kam jetzt unausweichlich immer näher, denn die Kumpanei der Atomlobbyisten wollte einen offenen Krieg gegen die eigene Bevölkerung, das war

längst beschlossene Sache. Ihre Invasionsarmee war teilweise bereits in Stellung gebracht, und eine noch viel größere stand bereit jeden Widerstand auch mit Gewalt zu brechen. Das übliche Spiel der Real-Politik eben, scheiterte man mit der Argumentation, setzte man die verfehlte Politik mit Waffengewalt durch.

Der letzte Respekt vor Gesetz und Ordnung war dahin, das Vertrauen in die Volksvertreter und die Real-Politiker, in die Ministerpräsidenten und Kreisdirektoren endgültig verloren, der Bürgermeister als Arschloch durchschaut, Sitte und Anstand, und vor allem gutes Benehmen den Schweinen der Atomlobbyisten geopfert worden.

Die Bürger der Wilster Marsch wollten keinen Krieg, keinen Aufstand und kein Kräftemessen mit der Staatsgewalt um jeden Preis. Sie hatten sogar Angst davor, und hörten ihre Pfarrer, die öffentlich von Teufelswerk sprachen, das die Atomindustrie den Menschen aufzuzwingen versuche, vom Recht auf Leben und Selbstverteidigung, von der Selbstbestimmung in der demokratischen Rechtsordnung, von der christlichen Verpflichtung zum Widerstand gegen Unrecht, gegen den ausdrücklichen Befehl der Landeskirchenleitung, wenn sie von der Kanzel predigten:

„Wir haben Angst, und müssen mutig sein ...“

Die Pfarrer sprachen ganz offen von der christlichen Verantwortung für die Sicherung und Erhaltung des Lebens, und der Gesundheit an der Unterelbe, von der demokratischen Herausforderung braver Menschen und Christen, denen durch skrupellose Geschäftemacher und verlogene Volksvertreter alles genommen werden sollte. Worte wie Unrecht, Staatswillkür und Rechtsbruch klangen da wie helle Alarmglocken von den Kanzeln und in den Gemeindehäusern.

Pfarrer, die aus ihrem christlichen Selbstverständnis, und dem Verständnis der Menschen im Dienste Gottes standen, erklärten es für teuflisches Unrecht, die bislang vergeblich aufgezwungene Unterwerfung einfach hinzunehmen. Sie predigten von gewaltfreiem Widerstand, vom aufrechten Gang der Gerechtigkeitssucher, und dem Recht jedes Menschen auf diesen Widerstand. Sie beten für die Kraft der Tyrannei und dem Unrecht der Atomlobbyisten zu widerstehen, sich nicht dem Willen der Kieler Staatskanzlei zu beugen.

„Schweigen – heißt mitschuldig werden ! Neutralität kann es in diesem Kampf gegen das Unrecht nicht geben ! Wer immer nur andere für sich kämpfen lässt, um die eigene Sicherheit nicht zu gefährden, begeht Unrecht und Gotteslästerung wider das Leben ! Lasset nicht den Wölfen, was den Lämmern gehört !“

Da horchten selbst die konservativsten Bürger auf, denn die Macht der Pastoren war immer noch sehr bedeutend in der Wilster Marsch. Sie fürchteten die Waffen und Auseinandersetzungen, fürchteten Verwüstungen ihrer Häuser und Ortschaften, die Brutalität und Entschlossenheit der Polizei, - und nahmen mehr und mehr die aufgestellten, selbst beschrifteten Schilder an ihren Häusern ernst. Sie lebten in der Tat nicht mehr im demokratischen Teil der Bundesrepublik Deutschland.

Bangen Herzens und erschrocken schweigend, aber in entschlossener Gemeinsamkeit, wurde die Kriegserklärung gegen die Wilster Marsch von ihren Bürgern angenommen.

Es bewahrheitete sich die alte Weisheit aus dem Bauernkrieg, dass die „großen Herren selber Schuld sind, wenn ihnen die kleinen Leute zum Feinde werden ....“

Die braven, konservativen und immer etwas schweigsam verschlossenen Bürger und Bauern der Wilster Marsch, quer durch alle Generationen, zusammen mit den Unterstützern und Demonstranten aus der „linken Szene“, aus der gerade erst entstehenden „Anti-Atomkraft-Bewegung“, quer durch alle Regionen der Bundesrepublik Deutschland machten sich bereit, und trafen Vorbereitungen für den Tag, wo das Signal gegeben werden würde, das Signal zum offenen Aufstand. Rebellion, die schlimmste aller Untertanensünden, dieses Mal von den Pfarrern, aber nicht von der Kirche, zu bürgerlichem Ungehorsam gesegnet, war in die einstmals so ruhigen, idyllischen Dörfer und Gemeinden des platten Elblandes eingezogen.

Es war, als beginne das ganze Land vor Schreck den Atem anzuhalten.